

Auf Draht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!

Herausgeber: DKP München und Gruppe KAZ

10. März 2020

| | |
|--|---|
| Audi: Schicht gestrichen – die Krise der Automobilindustrie hält an..... | 2 |
| Siemens: Nachhaltig – beim Maximalprofit, die Siemens-HV stellt Weichen..... | 4 |
| Kommunalwahl: Wir brauchen keinen Dr. Pressack - Links und solidarisch wählen!..... | 6 |
| Sicherheitskonferenz: Frieden als Lippenbekenntnis..... | 8 |

Kämpfen statt stillhalten!

Zigtausende Entlassungen sind in der Metallindustrie angekündigt, was die Existenz von Zigtausenden Kolleginnen und Kollegen bedroht.



Schluss jetzt also mit dem Stillhalten. Kopf hoch mit aufrechem Gang! Eine „normale“ Tarifrunde ist zu führen, zu der auch die Option des Streiks gehört. Mutig gestritten mit Demos zum Kapitalverband, Warnstreiks und 24-Stunden-Streiks!

Es ist unglaublich, wie die größte Industriegewerkschaft der Welt in diesen Tarifkampf geht! Am Anfang stand ein „Moratorium für fairen Wandel“, ein Stillhalteabkommen. Am 24. Januar schlug der IG-Metall-Vorstand den M&E-Unternehmern Folgendes vor: Sie mögen doch bitte keine einseitigen Maßnahmen zu Personalabbau und Standortschließung vornehmen. Dafür solle es keine bezifferte Lohnforderung der IG Metall geben. Vor Ende der Friedenspflicht am 29. April sollen Ergebnisse erzielt werden. Die IG Metall verlangte

Zustimmung bis 3. Februar, sonst gäbe es eine „normale“ Tarifrunde.

Und so antworteten die Unternehmerverbände: Wir können unsere Mitglieder nicht auf so etwas festlegen – freies Unternehmertum usw. Stillhalten ja – aber für fünf Jahre!

Also fünf Jahre, in denen die Gewerkschaft nicht kämpfen soll! Obwohl das eine demütigende Absage durch das Kapital ist, gab der IG-Metall-Vorstand am 26. Februar seine Forderungen bekannt, die das Moratorium fortschreiben: Regionale Ver-

handlungen über „Zukunftspakete“ sollen aufgenommen werden. Gibt es bis Ostern keine Ergebnisse, soll eine „normale“ Tarifrunde mit bezifferter Lohnforderung eingeleitet werden.

Was ist in den Paketen drin

Auf Verlangen der IG Metall sollen in den jeweiligen Betrieben Verhandlungen über Personalentwicklung, Investitionen und Qualifizierung geführt werden.

Lesen Sie bitte weiter auf Seite 2 ►

► Fortsetzung von Seite 2

Kämpfen statt stillhalten!

Die Sicherung der Arbeitsplätze soll durch bezahlte Kurzarbeit, Ausschöpfung der Arbeitszeitkonten und Vermeidung von Überstunden erreicht werden.

Betriebliche Aktionen in Form von Abstimmungen in der Belegschaft sollen das unterstützen. So wird von Anfang an ein gemeinsamer gewerkschaftlicher Kampf für eine einheitliche Forderung abgeschlossen. Die müsste sein: Arbeitszeitverkürzung für alle bei vollem Lohn- und Personalausgleich!

Als Zugeständnis an besorgte Rufe von Vertrauensleuten aus Metallbetrieben kann gelten, dass die Inflationsrate auszugleichen ist. Die um die 35-Stunden-Woche kämpfenden Metaller im Osten werden beruhigt, indem die Forderung nach einer „Angleichung der Arbeitsbedingungen“ aufgenommen wurde. Sie arbeiten immer noch 38 Stunden in der Woche.

Die Zerfahrenheit dieser Tarifrunde wird zusätzlich dadurch verschärft, dass in den maßgeblichen Konzernen der Autoindustrie solche „Zukunftspakete“ bereits verhandelt wurden, Beispiel Audi. Die Betriebsräte ließen sich auf die Abbaumaßnahmen ein, statt mit ihrer Gewerkschaft organisiert gegen die Angriffe des Kapitals vorzugehen.

Am 28. Februar nahm die IG Metall Bayern vorgezogene Verhandlungen mit dem VBM auf. Ergebnis bisher: Die Kapitalvertreter halten fest an ihrer Forderung nach fünf Jahren Stillhalten, Einfrieren der Löhne, und sie beharren auf betrieblichen Lösungen.

Wir müssen also zur Kenntnis nehmen, dass das Kapital in diesem Tarifkampf sehr geschlossen, kämpferisch und klassenbewusst auftritt. Ja, das ist Klassenkampf, den die IG Metall aufzunehmen hat!

Noch im Juli 2019 waren 15.000 Kollegen in Stuttgart auf der Straße, um gegen die erwarteten Folgen der „Transformation“ zu demonstrieren. Daraus einen organisierten Widerstand aufzubauen bis zu dieser Tarifaueinandersetzung, das hat der Vorstand der IG Metall versäumt.

Wir sind nicht verantwortlich für die Produktion von Dreckschleudern, die jetzt elektrisch angetrieben werden sollen. Wir haben die horrenden Profite über Jahrzehnte erarbeitet und sollen jetzt abgespeist werden.

Schluss jetzt also mit dem Stillhalten. Kopf hoch mit aufrechtem Gang! Eine „normale“ Tarifrunde ist zu führen, zu der auch die Option des Streiks gehört. Mutig gestritten mit Demos zum Kapitalverband, Warnstreiks und 24-Stunden-Streiks!

■ *krm*

Es ist nie zu spät!

Konkrete Forderungen haben Vertrauensleuteversammlungen in verschiedenen IG-Metall-Tarifgebieten aufgestellt: 5 bis 6 Prozent und 200 Euro mindestens; Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit um mindestens 2 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich mit dem Ziel 30-Stunden-Woche.

Es ist nie zu spät! Schickt Resolutionen in diesem Sinn an den Vorstand der IG Metall! (Mehr dazu siehe labournet.de/igmetall)

Von der Vertrauensleuteversammlung bei MAN München berichten Kollegen, dass vorerst keine Warnstreiks oder Aktionen geplant seien. Das gab Kollege Lischka, der Bevollmächtigte der IG Metall in München, bekannt. Die Inflationsrate von 1,5 bis 1,8 Prozent soll ausgeglichen werden. Über die Forderungen der IG Metall wird nun verhandelt.

Schicht gestrichen!

Die Krise der Automobilindustrie hält an. Bei Audi wird eine weitere Schicht gestrichen.

Wer dachte, dass das Thema Schichtstreichungen mit der Auflösung einer Dauernachtschicht im letzten Jahr vom Tisch sei, der hat sich getäuscht. Zum 30. März 2020 soll im Audi-Werk Ingolstadt erneut eine Schicht gestrichen werden. Diesmal eine Wechselschicht. Es geht vor allem um die Montage der Linie 2 mit den Modellen A4, A5 und A3-Limousine. Als Grund dafür werden Absatzschwierigkeiten genannt. Rund 1.250 Kolleginnen und Kollegen sind davon betroffen.

IG Metall und Betriebsrat zeigen sich keineswegs überrascht. Der Einschnitt komme nicht unerwartet und sei angekündigt worden. Wenn der Absatz sinkt, dann müsse man eben reagieren. So Gesamtbetriebsratsvorsitzender Peter Mosch gegenüber dem *Donaukurier* (28. Januar 2020).

Laut einer Vereinbarung mit dem Betriebsrat werden 50 Prozent der Ausfallzeiten vom Audi-Kapital bezahlt. Die anderen 50 Prozent werden über die Arbeitszeitkonten abgewickelt, indem sie abgeschmolzen werden. Die Alternative

dazu wären Entlassungen. Damit werden Betriebsrat und IG Metall erneut erpresst, nachdem sie erst vor kurzem der Vernichtung von über 9.000 Arbeitsplätzen zugestimmt haben, um eine vermeintliche Beschäftigungsgarantie zu erhalten.

Absatzkrisen, Konjunkturschwankungen, das sind typische Risiken, denen die Unternehmer im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise gegenüberstehen. Im bürgerlichen Arbeitsrecht hat sich dafür der Begriff vom sog. „Wirtschaftsrisiko“ etabliert. Das Rechtsportal *haufe.de* führt dazu aus: „(...) Hier wird die an sich mögliche Produktion ganz oder teilweise nicht fortgeführt, weil dies wegen Auftrags- oder Absatzmangels aus der Sicht des Arbeitgebers wirtschaftlich nicht vertretbar erscheint (...). Das Wirtschaftsrisiko trägt der Arbeitgeber immer, mit der Folge, dass er gem. § 615 Satz 1 BGB den Lohn weiterzahlen muss.“ In der Realität wird das allerdings immer wieder von den Kapitalisten unterlaufen. Die mit dem Audi-Betriebsrat vereinbarte 50-50-Regelung

weicht von dem, was in § 615 BGB steht, deutlich ab. Sie verlagert die Hälfte des sog. „Wirtschaftsrisikos“ der Unternehmer auf die abhängig Beschäftigten. Hier zeigt sich wieder einmal, wie wunderbar nützlich für die Kapitalisten doch die Arbeitszeitkonten sind.

Das Kapital soll die Krise bezahlen. Nicht die Arbeiterinnen und Arbeiter!

Warum sollten wir bereit sein, die Zeche für die Absatzschwierigkeiten der Kapitalisten zu bezahlen, indem wir unsere Stunden hergeben und teilweise sogar Minusstunden machen, die dann wieder reingearbeitet werden müssen? Wenn Kollege Mosch und die IG Metall Führung im Betrieb meinen, dass das für sie nicht überraschend kommt, dann fragen wir uns schon, warum sie nicht die Kollegen zur Abwehr weiterer Einschnitte mobilisiert haben.

Über die 50-50-Regelung gibt es in Teilen der Audi-Belegschaft berechtigten



Das Kapital soll die Krise bezahlen. Nicht die Arbeiterinnen und Arbeiter! Nicht betteln, nicht bitten, nur mutig gestritten!

Unmut. Denn die Stunden auf den Arbeitszeitkonten sind nichts anderes als bereits entstandener Lohnanspruch, den das Kapital neben dem vollen Lohn für die ausfallende Arbeitszeit zu bezahlen hat! Das müsste die Position von IG Metall und Betriebsrat sein! Dafür müsste entschieden gekämpft werden!

**Nicht betteln, nicht bitten,
nur mutig gestritten!**

Es liegt an uns zu erkennen, dass es nichts nützt, darauf zu hoffen, mit immer wei-

teren Zugeständnissen das Kapital dazu zu bewegen, von noch weitergehenden Einschnitten abzusehen. Auch wenn nicht wenige Kolleginnen und Kollegen sagen, es sei in der aktuellen Lage das Wichtigste, jetzt erst einmal möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten, was auch absolut nachvollziehbar ist, so müssen wir uns darüber klar werden, dass das nicht zu erreichen ist, wenn wir weiterhin die Füße stillhalten.

Die Arbeiterklasse hat zigfach die Erfahrung gemacht, dass allein am Verhand-

lungstisch den Kapitalisten keine Zugeständnisse abzurufen sind. Ganz im Gegenteil. Der fortdauernde Verzicht auf entschlossene gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen ermutigt die Damen und Herren in den Chefetagen nur, immer weiter die Folgen der Krise der Automobilindustrie von voranschreitender Digitalisierung und Dekarbonisierung auf uns Arbeiterinnen und Arbeiter abzuwälzen.

Darüber müssen wir in unseren eigenen Reihen, in der IG Metall, die Diskussion und Auseinandersetzung führen! ■ *ma*

„... wir müssen versuchen, die Kollegen zu aktivieren, selbst wieder Kämpfe zu führen. Denn nur, wenn die Kollegen ihr Selbstbewusstsein wiederbekommen und aktiv werden, können sie die Probleme der Zeit wirklich angehen und einer Lösung zuführen. Das heißt auch: Weg von der Sozialpartnerschaft! Nicht mit der Unternehmensleitung klüngeln, nicht mit den Arbeitgeberverbänden klüngeln, sondern wirklich bei den Kollegen sein und gemeinsame Kämpfe führen. Das heißt, wir müssen die IG Metall wieder zu einer Kampforganisation machen, die einig, solidarisch und aktiv die Probleme der Zeit löst. Denn bei der Politik der Unternehmen, egal, ob Kriege oder Krisen oder auch der aufkommende Faschismus – kriegen wir das nur hin, wenn wir geeint nach vorne gehen und nicht jeder in seinem eigenen Betrieb und in seiner eigenen Region seine eigene Politik macht ...“

Tobias Salin, Delegierter aus Mittelhessen, auf dem IGM-Gewerkschaftstag 2019 in Nürnberg

- Ich will die **Auf Draht** gerne regelmäßig bekommen – bitte schickt mir immer die neue Ausgabe!
- Ich will die **DKP** kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!
- Ich will die Gruppe **KAZ** kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!

Vorname und Name

Tel.:

Straße, Postleitzahl und Wohnort

eMail:

Bitte einsenden an: Auf Draht • c/o Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München



Nachhaltig – beim Maximalprofit

Siemens-Hauptversammlung stellt Weichen für zufriedene Aktionäre.

Auf der Siemens-Hauptversammlung (HV) am 5. Februar übertönte die Kritik an Siemens-Chef „Joe Kaeser“ wegen seines „Patzers“ bei der Behandlung der Klimaaktivisten die interessanten Reden, die er und sein Aufsichtsratschef Jim Hagemann Snabe dem Erbenclan und anderen Aktionären vortrugen. Die Demonstranten prangerten zu Recht die „unehrliche Inszenierung“ von Siemens „als Klimaschutz-Konzern“ an. In den HV-Reden von Snabe und Kaeser wurde ihre Doppelzüngigkeit deutlich. Snabe: „Unternehmen müssen in ihren Geschäftsentscheidungen heute und in Zukunft noch stärker berücksichtigen, welche Auswirkungen diese auf die Umwelt haben. (Dazu) gehören auch wegweisende technologische Veränderungen, die durch die Digitalisierung erst möglich werden. Digitalisierung und Nachhaltigkeit greifen dabei ineinander: Digitale Technologien sind der große Hebel für nachhaltiges Wirtschaften.“ Kaeser: „Wir tun das anhand der 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen.“ Gleich darauf: „Wir stellen heute die Weichen für eine ganze Dekade. (...) Die Marke Siemens wird aus drei Unternehmen bestehen.“ Es geht um Nachhaltigkeit – bei den Profiten!

Siemens ist hochprofitabel, konstant seit 2013. Der Geschäftsbericht 2019 weist einen Gewinn nach Steuern von 5.581 Millionen Euro für die Aktionäre aus. Die rund 50 Millionen für den Vorstand, davon 14 für Kaeser, sind da schon abgezogen ebenso wie der Lohn der 383.000 Beschäftigten, die das Ganze erarbeitet haben.

Warum soll der hochprofitable Laden zerlegt werden? Die geplanten und erreichten 10 bis 12 Prozent Kapitalrendite sind nicht mehr genug.

Von der Siemens AG abgespalten ist bereits die Medizintechnik als Healthineers AG mit der Siemens AG als Mehrheitsaktionär. Im Lauf von 2020 wird die Siemens Energy AG abgespalten mit dem Kraftwerks- und Turbinenbau. Auch hier wird die Siemens AG Mehrheitsaktionär bleiben.

In der Siemens AG selbst bleiben die Bereiche Digitale Fabrik, die „Smarte“ (digitale) Infrastruktur und der Bahnbereich. Durch die Zerlegung in drei AGs soll der Börsenwert für die Aktionäre steigen. Jo Kaeser, bei seinem wohl letzten HV-Auftritt zurückblickend auf 40 Jahre Siemens-Karriere, hat die Lektion seiner gestürzten Vorgänger von Pierer und Löscher gelernt: Die hatten den Profit aus der Arbeit der Siemens-Kollegen gesteigert, aber nicht „nachhaltig“. Unter Druck des damaligen Clanchefs Peter von Siemens hatte Pierer den US-Konkurrenten General Electric angegriffen. Es folgte ein aus den USA aufgedeckter Korruptionsskandal, in dem Siemens, ähnlich wie jetzt VW, Milliarden aufbringen musste, bevor Kaeser den Konzern ab 2013 „in ruhiges Fahrwasser“ bringen konnte und die Rendite über 10 Prozent.

Aktionäre wollen mehr

Diese Rendite reicht jetzt nicht mehr. Jo Kaeser: „Wir geben unseren Geschäften

viel mehr unternehmerische Freiheit und Verantwortung. Dafür fordern wir von den Geschäften schnelleres Wachstum, außerdem höhere branchenübliche Margen.“ Kaeser weist auf das Beispiel Healthineers AG: „Die Marktkapitalisierung hat sich von 28 Milliarden Euro auf 43 Milliarden Euro erhöht. (...) Neubewertungen wie diese nennen Experten ‚Re-Rating‘. Genau das wollen wir mit unserem Energiegeschäft wiederholen.“ Experten wissen auch, das lässt Kaeser weg, dass spezialisierte Firmen von der Börse höher bewertet werden, weil sie risikoreicher sind, sie haben den Branchenausgleich der Konglomerate nicht. Für Spekulanten eine Chance, Pech für die Belegschaft, deren Arbeitsplätze an der Börse mitverhökert werden.

Interessengegensatz von Arbeit und Kapital, ein Fall für die Gewerkschaft: Auch hier konnte Kaeser auf seine 40-jährige Siemens-Erfahrung zurückgreifen und die IG Metall wieder einbinden. Jürgen Kerner vom Vorstand der IG Metall ist im Aufsichtsratspräsidium der Siemens AG, wo die Strategie entwickelt wird. Dort wurden die Abspaltungen mit ihm abgestimmt. Im „Siemens Dialog“ der IG Metall verteidigt er seine Zustimmung gegen den Unmut der Kollegen und örtlichen Betriebsräte mit der Drohung von Siemens, dass man andernfalls mit einer „Abbauspирale“ oder gar einem „Verkauf an Asiaten“ zu rechnen habe.

■ **Stephan Müller**



Am 4. März legen Seminarteilnehmer und die Kolleginnen und Kollegen der Geschäftsstelle der IG-Metall Berlin für 10 Minuten die Arbeit nieder. Sie gedenken der zehn Opfer des faschistischen Mordanschlags in Hanau. Die IG-Metall Berlin-Brandenburg, sowie andere vereinzelte Bezirke der IG-Metall, Verdi und der Gewerkschaft BCE hatten die Belegschaften dazu aufgerufen. Ein kleiner Anfang und Anlass, sich an ein Ereignis von vor genau 100 Jahren zu erinnern: Mit einem Generalstreik, ausgerufen von den Arbeiterparteien SPD und KPD und den Gewerkschaften, antworteten die Arbeiter auf einen faschistischen Putsch aus Militärkreisen gegen die Weimarer Republik und die sozialdemokratische Reichsregierung. Nach wenigen Tagen waren die Putschisten durch die vereinte Aktion der Arbeiter hinweggefegt.



Wir brauchen keinen Dr. Pressack

Am 15. März stellt sich Kristina Frank für die CSU zur Oberbürgermeisterwahl. Ihr Auftreten erinnert stark an den Bürgermeister aus der Kinderspielhörreihe Bibi Blocksberg.

Als ich kürzlich meinen Briefkasten öffnete, flatterte mir ein als Dialogpost frankierter Brief der CSU-Oberbürgermeisterkandidatin Kristina Frank entgegen. Mit strahlenden Augen und freundlich lächelnd verkündet sie: Wieder München werden. „Als im Leben stehende Mutter eines kleinen Sohnes sowie als Tochter eines zuletzt pflegebedürftigen Vaters

Grundeigentümer statt bezahlbarer Mieten für Familien und Alleinerziehende, für Studenten und Auszubildende.

Dem regelmäßigen Hörer des Verkehrsfunks sind die täglichen Staumeldungen aus München nichts Fremdes. Ein zum Teil maroder (S-Bahn) und vollkommen überlasteter Öffentlicher Nahverkehr lässt die Pendler mit dem Auto in die Stadt fahren,

Wende in der Verkehrspolitik, weiter so mit der CSU-Erfolgsgeschichte.

Weiter so mit der Erfolgsgeschichte, auch in der Gesundheitspolitik. 102.000 Unterschriften unter einem Volksbegehren bringen die CSU und Kristina Frank nicht zum Nachdenken. Anstatt die Probleme der Patienten und der Pflegekräfte, wie sie tausendfach berichtet werden, anzusprechen und Lösungen vorzuschlagen, betreibt sie Selbstbeweihräucherung. „Unsere Gesundheitspolitik hat ihr Augenmerk nicht nur auf Randgruppen oder einer speziellen Klientel, sondern nimmt alle Bürgerinnen und Bürger in den Blick“. Wer so etwas schreibt, sollte auch die Frage beantworten, welcher politische Mitbewerber denn welche Randgruppen oder spezielle Klientel bevorzugt und wer denn zurückgesetzt wird. Oder will die CSU den im Deutschlandfunk am 10. März 2018 berichteten Zustand aufrechterhalten? „Privilegien gegenüber den gesetzlichen Versicherten gibt es, das geben auch Ärzte unumwunden zu, denn Praxen und Krankenhäuser sind längst kleine und große Unternehmen, die

Die AfD als Partei der kleinen Leute. Jetzt wissen wir es, AfD-Gauland hat zwei Wohnungen, eine in Frankfurt/Main und eine in Potsdam. Die wurden durchsucht wegen des Verdachts auf Steuerhinterziehung. Es geht um einen fünfstelligen Betrag. Da muss einer viel verdienen, um soviel hinterziehen zu können.

kenne (ich) die Herausforderungen des Alltags nur zu gut“, versucht sie die Herzen der Leser zu gewinnen, um dann von einer „bürgerlichen Erfolgsgeschichte“ zu schwadronieren. Wow. München eine Erfolgsgeschichte? Dann stellt sie im Brief zwei Schwerpunkte vor, damit München wieder München werden kann: 1) Kein Linksbündnis und 2) keine RADikale (Originalschreibweise) Verkehrspolitik.

Schauen wir uns diese Erfolgsgeschichte mal an und lassen das Boulevardblatt *tz* sprechen: „Diese Zahlen sind eine soziale Sirene: 30 Prozent aller Münchner Mittelschicht-Haushalte blättern schon mindestens 40 Prozent ihres Einkommens für die Miete hin! Die Wohnsituation in München wird immer verheerender. Für das Alter vorsorgen oder eine Berufsunfähigkeitsversicherung abschließen? Dafür scheint in München kaum noch was übrig zu sein. Zwar haben die Münchner mit einem durchschnittlichen Einkommen von fast 49.000 Euro jährlich ein höheres Gehalt als die meisten Deutschen. Aber mit durchschnittlich 15,72 Euro für den Quadratmeter ist dafür die Miete umso irrer. Besonders teuer sind kleine Wohnungen mit 20 bis 40 Quadratmetern. Hier werden meistens über 18 Euro pro Quadratmeter fällig. 2012 lag diese Zahl für solche Wohnungen noch bei 14,43 Euro. Seit 2010 sind die Mieten um fast 50 Prozent teurer geworden, die Löhne sind aber nur um 26 Prozent gestiegen.“ Was sagt Frau Frank zu dieser Erfolgsgeschichte: „Wir wollen nicht London oder Paris werden. Wir setzen auf Anreize und auf Investitionen in die Zukunft: Kein Mietendeckel, kein Klassenkampf zwischen Vermietern und Mietern, keine Vergesellschaftung privater Unternehmen, keine Enteignungen.“ Also immer weiter so: Fette Rendite für die Haus- und

um sich den täglichen Arbeitsweg zu verkürzen. Ein Teufelskreis. Im Februar 2018 beschäftigte sich der Münchner Stadtrat mit der Thematik und lud Experten aus dem In- und Ausland ein. Pointiert brachte der niederländische Architekt und Stadtplaner Stefan Bendiks die Situation auf

Nach 75 Jahren als Opfer anerkannt. Als „asozial“ galten den Nazis zum Beispiel Wohnungs- oder Arbeitslose. Sie mussten im Konzentrationslager einen schwarzen Winkel an der Häftlingskleidung tragen. Union und SPD stellten den Antrag, diese als Opfer des Naziregimes anzuerkennen. Dem stimmten im Bundestag alle Fraktionen zu – außer der AfD, die sich enthielt. Sie zeigt damit, was sie von Wohnungs- und Erwerbslosen hält.

den Punkt, wie die *Süddeutsche Zeitung* am 8. Februar 2018 berichtete: „Wie sähe wohl ein Haus aus, das so aufgebaut ist, wie es derzeit europäische Städte sind? Es hätte eine riesengroße Garage, in die mehrere Autos hineinpassen würden, dafür aber winzige Zimmer, in denen sich die Bewohner zusammenquetschen müssen. Der Grundriss (...) wirkt komplett absurd. Er soll aber verdeutlichen, dass der öffentliche Raum in Städten wie München ebenso absurd gestaltet ist. Die Verkehrsplanung der vergangenen Jahrzehnte hat dem Auto so viel Platz eingeräumt mit Fahrspuren und Parkplätzen, dass für den Menschen selbst, für den der öffentliche Raum da sein soll, immer weniger Platz übriggeblieben ist.“ Statt auf den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs zu setzen und mit Anreizen wie dem Gratisticket die Menschen zum Umstieg zu bewegen, meint Frau Frank in ihrem eingeworfenen Brief: „Wir stehen für ein Miteinander der Verkehrsmittel. Für fließenden Verkehr.“ Keine radikale

mit den Einnahmen durch die Behandlung von Privatpatienten kalkulieren. Berufskompatible Abendtermine, umfassendere Behandlung, Komfortstationen bringen Ärzten und Kliniken Geld in die Kassen. Am Ende muss die Rechnung stimmen.“

Am Ende muss die Rechnung stimmen. Und zwar unsere. Deshalb brauchen wir ein Linksbündnis in München! ■RW

AufDraht

Herausgeber:

DKP München und Gruppe KAZ

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:

Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München

Mail: Auf.Draht@gmx.de

Druck: Eigendruck im Selbstverlag

Mietenexplosion beenden!

Soziale Wohnraumversorgung statt Profitwohnungsbau!
Grund und Boden vergesellschaften!

Fr. 13. März 19 Uhr

Veranstaltung mit Claus Schreer
Mietenaktivist und Stadtratskandidat der Partei DIE LINKE.
Kommittée: Holzapfelstraße 3, München
S-Bahn Hackerbrücke / Tram 18/19 Holzapfelstr.

€
€
€

Miethäie zu Fischstäbchen!

München
DKP
Deutsche Kommunistische Partei

#ausspekuliert DEMO 28.3.20

Für bezahlbare Mieten, soziales Klima retten!

Königsplatz 11⁰⁰ Uhr
Odeonplatz 14⁰⁰ Uhr

demo.ausspekuliert.de

Gedanken zur Kommunalwahl

Ohne Zweifel. München ist eine weltweit beliebte Stadt. Dafür stehen wunderbare Parks wie der Englische Garten mit seinen Biergärten und der gepflegten Freikörperkultur, der Olympiapark mit einer außergewöhnlichen Architektur und zahlreichen von weltbekannten Künstlern gespielten Konzerten. Dafür stehen das vielbestaunte Glockenspiel am Marienplatz und die anschließende Luxuseinkaufsmeile mit den Luxuslabellen dieser Welt. Dafür steht der große und erfolgreiche in Silberware schwimmende FC Bayern. Dafür steht der Viktualienmarkt mit seinem riesigen Angebot von Produkten aus allen Weltregionen. Dafür steht eine teilweise atemberaubende alpine und voralpine Landschaft mit tausenden von Freizeit-

möglichkeiten. Wem das alles zu viel wird, der kann sich dann 14 Tage im Herbst mit extra zu diesem Anlass gebrautem Bier sinnlos besaufen. Ohne Zweifel: München versteht sich zu präsentieren. Eine Reise nach München lohnt sich.

Doch schon der römische Dichter Ovid meinte: Jedes Ding hat zwei Seiten. In München ist das die nicht zur Schau gestellte Lebensqualität für Rentner, Erwerbslose, Studenten, mit Niedriglohn abgespeiste Kolleginnen und Kollegen. Ja, sie können im Englischen Garten spazieren gehen und der Freikörperkultur frönen. Ja, sie können das Glockenspiel bestaunen. Ja, sie können sich in der Maximilianstraße die Nase an den Schaufenstern plattdrücken und am Viktualienmarkt den Duft der Köstlichkeiten riechen. Aber Einkaufen am Viktualienmarkt? Dafür reicht der Geldbeu-

tel dann doch nicht. Es gibt Lidl und Aldi. Und wenn das immer noch zu teuer ist, gibt es ja die Tafeln. Wohnen in München? 15,72 Euro durchschnittlich werden dafür pro Quadratmeter fällig. „Darf’s ein bisschen mehr sein?“, fragt da der Immobilienmakler gleich wie die Wurstverkäuferin. Ausreichendes Einkommen? Kann verbessert werden mit einem Zweitjob oder Flaschen sammeln.

Nun stehen die Kommunalwahlen an. Für das OB-Amt bewerben sich 14 Kandidatinnen und Kandidaten, 17 Parteien um die 80 Sitze im Stadtrat. Die Kommunalwahlen ermöglichen dir das Panaschieren und Kumulieren, eine 5%-Hürde gibt es nicht. Es kommt auf Dich an, auf eine Stimme der Solidarität. ■RW

Wählt Kandidatinnen und Kandidaten, die sich

- für bezahlbaren Wohnraum und das Bündnis Mietenstopp einsetzen,
- denen das Wohlergehen der Patienten und erträglichere Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte am Herzen liegen,
- die sich für die Aufnahme von Flüchtlingen einsetzen und die Ziele der Initiative Seebrücke – schafft sichere Häfen unterstützen.

Wählt am 15. März links und solidarisch – gegen CSU und AfD

Frieden als Lippenbekenntnis

Wie jedes Jahr tagten auch heuer im Februar zig Regierungschefs, Außen- und sogenannte Verteidigungsminister sowie sonstige Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Denkfabriken und Militär auf der Sicherheitskonferenz in München.



Wie immer hatte dazu die Stiftung Münchner Sicherheitspolitik eingeladen. Es ist eine private deutsche Stiftung, unterstützt und gesponsert von einflussreichen Konzernen wie Siemens, Krauss-Maffei Wegmann, BMW, Allianz, Bayer, Airbus usw. Wesentlich finanziert wird das ganze Spektakel jedoch zu großen Teilen aus Steuergeldern.

Offiziell wird als Zweck dieser Veranstaltung die Verhinderung von Kriegen durch Dialog angegeben. Doch keine der Vorgängerkonferenzen hat irgendwelche Kriege verhindert: Nicht den Krieg gegen Jugoslawien 1999, der entscheidend von Deutschland vorangetrieben worden ist; nicht den gegen Afghanistan 2001, gegen den Irak 2003, gegen Libyen 2011... Darum geht es auch nicht. Man trägt den Frieden auf den Lippen, doch in Wirklichkeit geht es darum, Kräfte zu messen, auszuloten, wer wo steht und mit wem man ins Geschäft kommen kann – politisch und militärisch, aber auch im wahrsten Sinne des Wortes ums Geschäft mit dem Krieg. Das gilt umso mehr in Zeiten, in denen alte Bündnisse beginnen zu bröseln und die Widersprüche zwischen den Großmächten immer bestimmender werden. So war die Eröffnungsrede des deutschen Bundespräsidenten nicht nur ein offener Angriff auf Russland und die VR China, das wäre nichts Neues, sondern v.a. auch auf die US-amerikanische Regierung. „Wir werden gerade Zeugen einer zunehmend destruktiven Dynamik in der Weltpolitik. (...) Die Idee der ‚Konkurrenz der großen Mächte‘ ... prägt die neue Wirklichkeit. (...) ‚Great again‘ – notfalls auch auf Kosten der Nachbarn und Partner“, schimpfte Steinmeier in Richtung der US-amerikanischen Politiker. Vereinbarte Regeln würden nicht mehr beachtet, Abkommen einfach gekündigt, Vertrauen zerstört. Dies sei ein Rückfall in das Denken von vorgestern und es sei „brandgefährlich“¹.

Brandgefährlich

Die deutsche Wirtschaft und Politik haben mit diesen tatsächlich brandgefährlichen

Zuspitzungen selbstverständlich nichts zu tun. „Gerne denken ... wir Deutschen, wenn alle nur so vernünftig wären wie wir, dann wäre alles gut.“ Das sagt der oberste Staatsvertreter dieses Landes, das als eines der größten Waren- und Kapital-exportländer überall auf der Welt andere Märkte mit den Waren „Made in Germany“ überschwemmt und weiterhin möglichst ohne Hindernisse überschwemmen will. Das so die Konkurrenz zurückdrängt und den Kampf um Absatzmärkte verschärft. Das sich überall einmischt und empört ist, wenn dem Grenzen gesetzt werden. Nur zur Erinnerung: Den kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine ging ein Scheitern eines EU-Assoziierungsabkommens voraus, das die damalige ukrainische Regierung nicht unterschreiben wollte. Sie wurde daraufhin mit deutscher Unterstützung durch eindeutig faschistische Kräfte weggeputscht. Was kaum bekannt ist: Auch die syrische Regierung ließ Ende 2009 aufgrund der immer weitergehenden Forderungen der deutsch geführten EU ein solches Abkommen platzen. 2011 wurde dann in Berlin bereits an einer syrischen Regierung nach einem Sturz der Assad-Regierung gebastelt.

Nun beschwert man sich darüber, dass die US-Regierung nicht nur Handelsabkommen platzen lässt, Zölle einführt und weitere androht, sondern sich auch ohne Absprachen aus Syrien zurückzieht. Man ist empört darüber, dass Russland mit der Türkei über Syrien verhandelt und nicht die EU und vor allem die Bundesregierung dabei das Heft in der Hand haben. Denn die Europäer, so behauptet dann Außenminister Maas in seiner Rede, hätten „Ordnungsmodelle im Angebot, die langfristig tragen – und das haben wir vielfältig unter Beweis gestellt, auch historisch.“² Das erklärt ohne rot zu werden der Außenminister des Staates, der im letzten Jahrhundert zwei Weltkriege angezettelt hat. Da muss es einen auch nicht verwundern, wenn er am Schluss seiner Rede ausruft: „Überlassen wir diese und andere Krisen nicht denjenigen, die zwar

Waffen und Söldner exportieren, aber mit Sicherheit eines nicht – dauerhaften Frieden.“ Als wäre nicht Deutschland weltweit viertgrößter Waffenexporteur. Als würde nicht wie z.B. im Falle der kriegerischen Auseinandersetzungen in Libyen sowohl die Türkei, wie auch Katar mit deutschen Waffen beliefert, welche wiederum die verfeindeten libyschen Kräfte jeweils mit Waffen unterstützen.

Europa als „Rahmen deutscher Selbstbehauptung“

Und so war die Botschaft auf dieser Sicherheitskonferenz vor allem, dass man als Antwort auf diese „destruktive Dynamik“ mit Hilfe der Europäischen Union auch militärisch stärker werden müsse. Eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion mit weiterer Aufrüstung und gemeinsamen Rüstungsprojekten soll dazu aufgebaut werden, die noch mehr als bisher militärisch eingreifen und als Weltmacht handeln kann – notfalls auch ohne die USA. „Europa“, so Steinmeier, „ist der unabdingbare Rahmen für unsere Selbstbehauptung in der Welt“, sprich für die weltweite Durchsetzung der Interessen der deutschen Monopole. Im Vorfeld der Sicherheitskonferenz kamen aus der CDU dazu auch schon Forderungen nach dem deutschen Zugriff auf die französischen Atomwaffen, die der französische Präsident zwar als Bestandteil der europäischen Bewaffnung anbietet, aber nur unter französischer Hoheit. Doch zunächst geht es um ein stärkeres, erneutes oder weiteres Eingreifen der EU und vor allem Deutschlands in Syrien, Libyen, dem Irak, der Ukraine und der Sahelzone – „in den Krisen vor unserer Haustür“, wie Maas das nannte. Die nächsten Kriegseinsätze werden also vorbereitet, was die „Dynamik der Weltpolitik“ bestimmt nicht friedlicher macht. ■gr

1 Die Rede ist abrufbar unter: <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2020/02/200214-MueSiKo.html>

2 Siehe: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-muesiko/2306680>